







| |  |  |  |  |  |  |
|--|--|---|---|---|---|--|
| Fortsetzung Grund- sicherung/ Hartz IV | <ul style="list-style-type: none"> ▪ Wiedereingliederung von Langzeiterwerbslosen: besonderes Augenmerk auf Behinderte, Berufsrückkehrerinnen und junge Menschen ▪ Änderung des Konstruktes der „Bedarfsgemeinschaft“ und der Regeln der Einkommensanrechnung. | <p>Sanktionsmechanismen im SGB II sollen bleiben.</p> <p>Regelungen zur Vermögensverwertung und zum Schonvermögen in der Grundsicherung im Alter anpassen.</p> <p>Qualifizierung geht vor Vermittlung in Hilfetätigkeit.</p> | <p>„Das sozioökonomische und soziokulturelle Existenzminimum muss jederzeit gesichert sein.“</p> <p>Kindergrundsicherung: Infrastruktur, die gerechte Bildung und Teilhabe für alle Kinder ermöglicht + automatisch ausgezahltes Kindergeld, gestaffelt nach Einkommen der Eltern.</p> | <p>Abschaffung der Sanktionen, stattdessen Arbeitsvermittlung und Begleitung. Kindergrundsicherung gegen Kinderarmut: GarantiePlus-Betrag für Haushalte mit geringem/keinem Einkommen.</p> | <p>infrastrukturelle Angebote + Finanzielle Unterstützung; abhängig vom Einkommen der Eltern zw. 328€ & 630€.</p> | <p>Einheitlicher Regelsatz – unabhängig vom Beziehungsstatus; Überprüfung der Wohn- und Familienverhältnisse.</p> |

Zum Umgang mit der AfD für Synopsen von Wahlprogrammen bei der Bundestagswahl 2021

Liebe Kolleg*innen,

wir nehmen in der Synopse der Wahlprogramme auch das Wahlprogramm der Alternative für Deutschland (AfD) unter die Lupe. Dazu stellen wir klar: Die AfD ist zwar auf demokratischem Wege in den letzten Jahren in Parlamente gewählt worden, sie ist aber nach Auffassung von ver.di keine demokratische Partei, da sie in grundlegenden Fragen von demokratischen Werten abweicht und eine Politik der Ausgrenzung betreibt, die der Demokratie schadet. Sie ist daher nicht vergleichbar mit anderen Parteien, die bei bestimmten Themen zwar andere Positionen oder Meinungen als wir vertreten, sich aber zugleich klar zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und zur parlamentarischen Demokratie bekennen.

Zu der Auffassung, dass es sich bei der AfD nicht um eine demokratische Partei handelt, sind wir schon lange vor Einstufungen der AfD als rechtsextremistischen Verdachtsfall durch Landesämter oder das Bundesamt für Verfassungsschutz gelangt. Auf dem 5. ver.di-Bundeskongress im September 2019 haben rund 1.000 Delegierte die gewerkschaftlichen Grundwerte von Solidarität und Respekt gegenüber allen Menschen – unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Religion, Alter und Hautfarbe – und das Ziel, gemeinsam für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen aller zu kämpfen, bekräftigt. In dem Zusammenhang wurde auch beschlossen: ver.di stellt sich Nationalismus, Rechtspopulismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit entgegen, und

- klärt über die gewerkschafts- und demokratiefeindlichen Ziele und Vorstellungen von Organisationen und Parteien wie der AfD auf;
- schließt eine Zusammenarbeit mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Organisationen und Parteien aus;
- stellt rechtspopulistischen und rechtsextremen Organisationen oder Parteien keine gewerkschaftlichen Räume zur Verfügung;
- lädt keine Funktionär*innen, Mandatsträger*innen solcher Organisationen oder Parteien zu Veranstaltungen von ver.di ein;

Entsprechend unserer Beschlüsse werden wir AfD-Vertreter*innen nicht zu den Aktivitäten einladen, die wir beispielsweise aktuell unter dem Motto „ver.di wählt“ entfalten und setzen vielmehr darauf, dass unsere Mitglieder den Widerspruch in den AfD-Positionen und den gewerkschaftlichen Vorstellungen von Solidarität und Mitbestimmung erkennen und daraus ihre Schlüsse ziehen. In einem Atemzug mit den demokratischen Parteien nennen wir die AfD nicht, um nicht zu einer Normalisierung ihrer Positionen beizutragen.

ver.di-Bundesvorstand, Berlin, im Juni 2021

Im Folgenden wurde nach denselben Kriterien wie oben das Wahlprogramm der AfD „Deutschland. Aber normal.“ (vom Mai 2021) dargestellt.

| | |
|---|--|
| Tarifbindung/Mitbestimmung | Bekanntnis zu Mitbestimmung der Beschäftigten in den Betrieben und allgemeinverbindlichen Tarifverträgen. |
| Mindestlohn | „Mindestlohn korrigiert die Position der Niedriglohneempfänger gegenüber den Interessen der Arbeitgeber, schützt vor erwartetem Lohndruck durch Massenmigration, erlaubt Existenz jenseits der Armutsgrenze und Finanzierung einer [...] Altersversorgung, verhindert die Privatisierung von Gewinnen bei gleichzeitiger Sozialisierung der Kosten.“ |
| Teilzeit/Befristungen | ./. |
| Leih-/ Zeitarbeit | Leiharbeitnehmer hinsichtlich der Entlohnung ab dem ersten Arbeitstag mindestens gleichgestellt + Flexibilitätsprämie, wegen erhöhtem Kündigungsrisiko und erwarteter Flexibilität. |
| Minijobs / Werkverträge | ./. |
| Soloselbstständige absichern | ./. |
| Recht auf Homeoffice | ./. |
| Plattformarbeit stärker regulieren | ./. |
| Ausbildung | „Wir wollen das berufliche Bildungs- und Ausbildungssystem stärken.“ |
| Arbeitslosenversicherung | Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I in Abhängigkeit von der Dauer der Vorbeschäftigung und sanktionsfrei; Absenkung des Beitragssatzes |
| Grundsicherung/ Hartz IV | „Aktivierende Grundsicherung“ als Alternative zu Hartz IV; erzieltes Einkommen nicht vollständig verrechnen; Lohnabstandsgebot: Wer arbeitet, wird mehr Geld zur Verfügung haben als derjenige, der nicht arbeitet, aber arbeitsfähig ist; Missbrauchsmöglichkeiten sind auszuschließen. |